

Datum: 15.05.2024

Autor: Magdalena Martullo-blocher

Berner Politik

Wind- und Solardiktat mit hohen Kosten

Magdalena Martullo-Blocher'
über das neue
Stromgesetz



Um die Kernkraft und fossile Energien zu ersetzen, benötigt die Schweiz bis 2050 doppelt so viel Strom. Aufgrund des fehlenden Gases aus Russland ist das Parlament vor den Wahlen in einen vermeintlichen «Befreiungsschlag» geflüchtet. Gemäss Stromgesetz sollen die erneuerbaren Energien bis 2050 zehnfach so viel Strom liefern wie heute, bis 2035 achtmal so viel. Die Wasserkraftprojekte sind leider bereits wieder durch Einsprachen blockiert. Der im Gesetz vorgeschriebene zusätzliche Strom soll aber sowieso zu 90 Prozent aus grossen Solar- und Windkraftwerken kommen. Dafür müssen 9000 Windturbinen gebaut oder Solaranlagen auf einer Fläche fünfmal so gross wie der Zürichsee installiert werden! Statt der zugesicherten «sicheren Stromversorgung» erhalten wir Flatterstrom, der sich nach den Sonnen- und Windverhältnissen richtet. Wegen unerwartet tiefem Solarstrom musste am 22. April deshalb kurzfristig die Strommenge eines

Kernkraftwerks am europäischen Markt gekauft werden. Mit über 20 Millionen Franken Mehrkosten für die Stromkonsumenten!

Um die geforderten Grosswind- und Solarparks möglichst rasch und ohne Hindernisse bauen zu können, erklärt der Bund sie neu im «nationalen Interesse». Die Kantone haben den Auftrag erhalten, entsprechende Gebiete auszuscheiden. Die Bündner Regierung will dies mit 25 Windparkzonen im nationalen Interesse realisieren. Die Windparks sollen in Siedlungsnähe, in den grössten Tourismusdestinationen und dominant in Tälern entstehen. Auch dort, wo sie von der Bevölkerung bereits abgelehnt wurden! Sobald die Wind- und Solarparks in den Richtplänen des Kantons drin sind, haben die Gemeinden sie umzusetzen, der Kanton kann sonst die Nutzungspläne und sogar die Baubewilligungen gleich selber vornehmen. Einsprachen auf Bundesebene werden kaum mehr möglich sein. Im Kanton Zürich soll jeder zweite Hügelzug mit Windrädern bestückt werden und der Regierungsrat informierte die Gemeinden, dass das nationale Interesse ihren Beschlüssen vorgehe. Im Kanton Luzern will die Regierung einen bereits mehrmals von der Bevölkerung abgelehnten Windpark nun ohne Gemeinde planen. Das nationale Interesse (wie bei Autobahnen oder fürs Militär) hat Vorrang und die

Kantone müssen sie notfalls sogar mittels Enteignungen durchsetzen.

Damit die Grossprojekte schnell realisiert werden, erhalten die Stromkonzerne bis zu 60 Prozent der Investitionen subventioniert. Diese Kosten werden uns Stromkonsumenten als «Netzgebühr» auf die Stromkosten geschlagen. Im Parlament wurden diese Kosten und der nötige dezentrale Netzausbau auf 100 Milliarden Franken beziffert, was Mehrkosten von über 11 000 Franken pro Person für Strom bedeutet! Die Stromkonzerne, welche mehr als die Hälfte der Investitionskosten an uns verrechnen, sind aber gleichzeitig völlig frei, den Strom ins Ausland zu verkaufen, sogar wenn sich die Schweiz in einer Mangellage befindet! Und während die Konzerne Rekorderlöse erzielen und hohe Milliardengewinne erzielen, steigen die Kosten für uns Konsumenten weiter an. Zusammenfassend muss man sagen: Das Stromgesetz bringt wenig und unsicheren Strom für viel Geld und mit einer massiven Landschaftsverhandlung. Stimmbürger und Gemeinden werden entmachtet. Gerade, weil wir in Graubünden speziell betroffen sein werden, müssen wir das neue Stromgesetz ablehnen.

* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.